

## Lösungsvorschläge für die Aufgabenblätter der Jahrgangsstufen 8-10

Allgemein gilt, dass die Lösungsvorschläge der fünf Gruppen für die Jahrgangsstufen 8-10 über die Informationen, die den Schülern in der Ständigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums zugänglich sind, hinausgehen. Sie können also auch für die Nachbereitung in der Ausstellung oder im Unterricht genutzt werden. Mit der Bearbeitung aller Aufgabenblätter und einer daran angeschlossenen, selbstverantwortlichen Präsentationsphase, die idealerweise in der Ausstellung vor dem Original stattfindet, erhalten die Schüler einen umfassenden Überblick über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ‚kleinen Leute‘ vom Mittelalter bis in die heutige Zeit. Übergeordnetes Lernziel ist die selbstständige und selbst organisierte Gruppenarbeit der Schüler. Jedes Aufgabenblatt enthält mindestens eine Suchaufgabe, bei der sich die Schüler selbstständig in der Ausstellung orientieren sollen. In jeder der fünf Arbeitsgruppen stellt die letzte Aufgabe eine Synthese aus den zuvor gelösten Aufgaben her und ergeben sich aus den Antworten der Schüler, demzufolge wird an dieser Stelle auf einen Lösungsvorschlag verzichtet (ebenso wenig werden die Kreativaufgaben beantwortet). Die ausführlichsten Ergebnisse erhalten die Schüler, wenn sie konsequent alle zugänglichen Informationsmöglichkeiten nutzen. Dazu gehören die in den Aufgaben angegebenen Raum- bzw. Sequenztexte, die Objekttexte (auch der umliegenden Exponate), die beleuchteten Infosäulen (Meilensteine), der Zeitstrahl auf den Aufgabenblättern usw.

Insbesondere mit kleineren Klassen ist es möglich, lediglich einzelne Epochen mit den Schülern zu bearbeiten. Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, die Aufgabenblätter des Begleitmaterials „Die kleinen Leute“ selbstständig mit Aufgabenblättern aus anderen Begleitmaterialien zur Ständigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums zu kombinieren.

### S. 55 – Gruppe 1

#### **Aufgabe 1:**

Die Bauern befinden sich auf den Augsburgsburger Monatsbildern nicht im Zentrum des Geschehens. Doch können die Schüler überwiegend im Hintergrund der vier Gemälde Tätigkeiten entdecken wie das Hüten von Tieren (April und Mai), das Pflügen der Felder (April), das Ausbringen der Saat (April), das Mähen der Felder (Juni), das Einbringen der Heuernte (Juni), die Getreideernte (Juli), die Weinlese und -verarbeitung (August), den Tanz der Bauern (März und August) sowie die Obsternte (September).

Die Tätigkeiten in der Landwirtschaft sind von den jahreszeitlichen Bedingungen abhängig. Die Darstellungen von bäuerlicher Arbeit auf den Feldern beschränken sich auf das Sommer- und das Herbstbild. In den Monaten April und Mai steht das Bestellen der Felder sowie die Aufzucht von Nutztieren im Vordergrund, während die Monate Juni bis September Ernteszenen zeigen. Die Tanzdarstellungen verdeutlichen den Beginn und das Ende der für die Landwirtschaft wichtigen Monate.

Auf den Augsburgsburger Monatsbildern können die Schüler im Winterbild verschiedene Berufsgruppen entdecken, die auf der Arbeit der Bauern beruht: die Verkäufer für

Fisch, Fleisch und Geflügel, der Metzger, der Holzhändler. Weitere Berufe sind beispielsweise Brauer, Bäcker, Weber und die weiterverarbeitenden Berufe sowie die Fernhändler. Es zeigt sich, dass die Bauern für das mittelalterliche Wirtschaftsleben von großer Bedeutung waren.

**Aufgabe 2:**

Der Sachsenspiegel wurde zwischen 1224 und 1235 von Eike von Repgow in zunächst lateinischer, dann mittelniederdeutscher Sprache verfasst. Er stellt das geltende Gewohnheitsrecht seiner Zeit für den ostsächsischen Raum dar. Der Sachsenspiegel unterteilt sich in zwei Rechtsbereiche, das Landrecht und das Lehnrecht. Landrecht beschreibt das Recht der Freien und der Bauern (Gerichtsverfassung, Grundstücks- und Erbschaftsangelegenheiten, den Ehestand, das Güterrecht und Strafrecht). Das Lehnrecht veranschaulicht die Verhältnisse zwischen den Ständen im Land und die daraus resultierenden Lehnspflichten. Die Unfreiheit der Bauern beschreibt Eike als unrechtmäßig, da der Mensch Gottes Ebenbild ist und Gott gehören soll. Die Unfreiheit ist ein Handeln gegen Gott, dass seinen Ursprung in Zwang, Gefangenschaft und unrechter Gewalt hat. Der Zwang wurde zu Gewohnheit und die Gewohnheit wird nun, so Eike, als Recht betrachtet.

Die neben dem Text stehende Abbildung zeigt einen Unfreien (ein Bauer, erkennbar durch sein kurzes rotes Gewand), der symbolisch mit einer Halskette an eine Säule gefesselt ist. Die Fesselung steht in der Bildsprache des Sachsenspiegels für die Unfreiheit. Neben ihm steht der Lehnsherr, der auf die Halskette des Unfreien zeigt und damit die Unfreiheit gestisch bestätigt.

**Aufgabe 3:**

Das Gemälde zeigt eine große Anzahl von Bauern, die mit einer unterwürfigen Körperhaltung den Zehnt in Naturalien abgeben. Der Empfänger ist nicht der Lehnsherr, sondern ein von ihm beauftragter Vertreter. Ihm stehen verschiedene Helfer beiseite, die Schreibarbeiten erledigen und die abgegebenen Waren verstauen. Der Standesunterschied wird durch die Gestaltung der Kleidung deutlich. Die Bauern sind ärmlich gekleidet, teilweise ist die Kleidung zerschlissen. Der Empfänger trägt die schwarze Kleidung eines Gelehrten, seine Begleiter städtische, reich verzierte Oberbekleidung. Der Zehnt war eine Abgabe, welche an einem bestimmten Ort an den geistlichen oder weltlichen Grundherren entrichtet werden musste. Er wurde auf Getreide, Vieh, Obst, Gemüse, Heu, Wein, Holz usw. erhoben. Art und Höhe der Abgaben waren regional unterschiedlich und richteten sich vor allem nach der Bodenqualität, wurden aber meist unabhängig von der tatsächlichen Erntemenge erhoben. Später wurde die Naturalienabgabe durch Geldabgaben ersetzt.

Die hier abgebildeten Bauern waren nicht frei und konnten nicht selbst entscheiden, für wen und wo sie arbeiten und leben wollten; sie mussten einen Teil ihrer Ernte abgeben und trugen damit zur Versorgung ihrer Grundherren bei. Zusätzlich mussten sie noch Fron- und Spanndienste leisten. Dafür erhielten die Bauern Schutz durch ihren Grundherren, der auch Rechtssicherheit gewähren musste.

**Aufgabe 4:**

Seit Ende des 15. Jahrhunderts protestierten die Bauern in kleineren Aufständen immer wieder gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch unge-

rechtfertigt hohe Abgaben und die Verschärfung der Leibeigenschaft. Im Juni 1524 brach im Schwarzwald der Bauernkrieg aus und verbreitete sich schnell nach Schwaben, Franken und Thüringen. 1525 wurden die „Zwölf Artikel“ in Memmingen verfasst und als Flugschrift verbreitet. In dieser Schrift verbanden sich wirtschaftlich-soziale Forderungen mit religiösen – das Evangelium wurde zur Grundlage ihres Protestes. Die Bauern forderten die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Einschränkung der Fronarbeit und die freie Pfarrerwahl. Am 15. Mai 1525 kam es zur entscheidenden Schlacht bei Frankenhausen in Thüringen. Sie endete mit einer verheerenden Niederlage für die Bauern: Tausende Aufständische wurden vom Heer des Adels getötet. In Schwaben, Franken, dem Elsass und in Thüringen wurden die Aufstände 1525, in Sachsen und Tirol erst ein Jahr später niedergeschlagen.

Mögliche Objekte: Die gründlichen und rechten Hauptartikel aller Bauernschaft („Zwölf Artikel“), die Waffen der Bauern: Kriegssichel, Kriegssense, Kriegsgabel.

## S. 56 – Gruppe 2

### Aufgabe 1:

Das Gemälde zeigt Reisende mit einem Pferdewagen, die von Soldaten überfallen wurden. Die Soldaten sind an ihren Rüstungen zu erkennen, während die Reisenden eher einfache Kleidung tragen. Der Wagen steht auf einem Weg, der durch waldiges Gebiet führt, und wird von den Soldaten geplündert. Die Reisenden stehen in einer Gruppe neben dem Wagen. Einer der Reisenden liegt tot auf dem Weg. Plünderungen von Soldaten gehörten während des Dreißigjährigen Krieges zum Alltag von Reisenden, Händlern und Bauern. Die Söldnertruppen waren dazu verpflichtet worden, ihren Sold und ihre Verpflegung aus dem Volk herauszupressen: „Der Krieg muss den Krieg ernähren.“ (Wallenstein)

Zu Beginn der Neuzeit erlebten die Menschen eine erhebliche Klimaverschlechterung, die mit Wetterkatastrophen, Missernten, Teuerungen, Unterernährung, Seuchen sowie Vieh- und Menschensterben verbunden war. Bezichtigungen der Zauberei und Hexereiverfahren, in denen Geständnisse unter Folter erzwungen wurden, stiegen sprunghaft an. Die Geständnisse galten dann als schlüssige Erklärung für Krisen und Notzeiten. Das Problem verschärfte sich besonders in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges mit insgesamt 25 000 ermordeten „Hexen“ im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Insgesamt ist im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges ein Bevölkerungsrückgang von etwa 17 Mio. auf 10 Mio. Einwohner zu verzeichnen.

### Aufgabe 2:

Eine gedruckte, von Friedrich Wilhelm I. im Jahr 1729 in Berlin ausgestellte Urkunde, die vor allem Handwerker der Kleidungsherstellung anwerben sollte. Die Leinweber und Spinner sollten vor allem die Kurmark besiedeln, dem nördlich von Brandenburg gelegenen Gebiet.

Die Anwerbung von Handwerkern und Bauern und deren Ansiedlung in dünn bevölkerte Gebiete sollte die Auswirkungen von Krieg, Hunger und Krankheiten und den damit verbundenen Bevölkerungsrückgang mildern. Für Religionsflüchtlinge aus anderen Ländern Europas stand sicher die religiöse Freiheit in Preußen im Vordergrund. Ansonsten bestanden die Vergünstigungen vor allem in Abgabenerleichterungen und in freien Ländereien, die erworben werden konnten.

Die preußischen Könige versprachen sich von der besseren Nutzung der Ressourcen in den neu besiedelten Gebieten eine Belebung der Wirtschaft.

### **Aufgabe 3:**

Die Schüler sollen sich für eine der folgenden Gruppen in der Gesellschaft entscheiden:

**Bauern:** Die Lebensbedingungen der Bauern unterschieden sich regional. Das ist vor allem den abweichenden Rechtsformen zuzuschreiben, im Süden waren die Bauern häufig Pächter ihrer Höfe. Im östlichen Westfalen lebten viele Freibauern, während die Bauern östlich der Elbe meist als Leibeigene im Frondienst der adeligen Gutsherren arbeiten. Bauern, die bereit waren, sich in verwüsteten Landesteilen oder entlegenen Gebieten niederzulassen, erhielten oft Freiheit von Fron- und Spanndiensten. Die Bewirtschaftung des Hofes wurde arbeitsteilig, mit männlichen und weiblichen Tätigkeiten, erledigt. Die Bauern lebten im Rhythmus der Jahreszeiten. Wohlhabendere Bauern beschäftigten zur Feldarbeit auch Gesinde und Tagelöhner. Neben dem Hof waren die Lebensmittelpunkte der dörflichen Bevölkerung auch handwerkliche Betriebe wie Schmiede, Meierei und Mühle sowie das Wirtshaus und die Kirche. In der Kirche wurde der Schutzheilige Wendelin angebetet, der das Feld das Vieh den Hof beschützen sollte, denn Missernten oder der Verlust des Viehs führten nicht nur zu Einnahmeverlusten, sondern konnten Hungersnöte auslösen.

**Gesinde:** Gesinde gab es in fast jedem größeren Haushalt. Knechte, Mägde und Dienstboten entstammten häufig der bäuerlichen Schicht. So gingen oft nachgeborene, nicht erbberechtigte Bauernsöhne in Knechtschaft. Die Mädchen arbeiteten bis zu ihrer Hochzeit meist als Dienstmädchen. Das Gesinde lebte und arbeitete im Haushalt und wurde mit Unterkunft, Kleidung und Nahrung versorgt. Es hatte kaum eigenen Besitz. Wenn die Arbeit nicht zur Zufriedenheit des Haushaltsvorstandes erledigt wurde oder sich das Dienstpersonal nicht entsprechend der Regeln verhielt, konnte das Gesinde auch körperlich gezüchtigt werden. Bezahlt wurde das Gesinde erst am Ende des Dienstjahres, am Martinstag (11. November), an dem auch die Verträge gelöst und neue geschlossen wurden. Die Schutzheilige des Gesindes war Notburga, die der Überlieferung zufolge selbst als Dienstmagd gearbeitet hatte.

**Bettler:** Bettler wurden aus der Gesellschaft ausgegrenzt, sie mussten vor den Stadtmauern oder in eigenen Stadtbezirken leben. Andere Bevölkerungsgruppen wie Spielleute, Zigeuner, Juden, Hausierer und entlassene Soldaten wurden häufig mit Bettlern gleichgesetzt und mussten ebenso Repressionen erleiden. Etwa die Hälfte der Bettler waren Frauen, denn nur Witwen konnten Unterstützung durch Stadt, Kirche oder Dorfgemeinschaft erhalten. Bettler mussten eine Bettlizenz erhalten, um Unterhalt zu bekommen. Dies war jedoch nur den verarmten, ortsansässigen Bürgern möglich. Fremde Bettler mussten mit Strafen bis hin zur Todesstrafe rechnen, wenn sie gegen Regeln verstießen. Die Kriminalisierung der Bettler wird auch in der Kunst deutlich. Sie werden äußerst drastisch in Szene gesetzt – zerrissene Kleidung, ausgemergelte Körper, verhärmte Gesichter. Zucht- und Arbeitshäuser sollten ab Ende des 17. Jahrhunderts die Bettler umerziehen, um sie so „nützlich zu machen“. Der preußische König Friedrich Wilhelm I. versuchte mit der Einrichtung einer staatlichen Behörde und eines Armen- und Waisenhauses, die Zahl der Armen zu verringern. Indem er immer wieder Edikte erließ, die das Betteln und Hausieren verboten, erschwerte er deren Lage. Viele versuchten somit sich mit einem fahrendem Handwerkwerksbetrieb zu versorgen.

**Bürger:** Nicht alle Bewohner der Stadt waren Bürger, dies war an Geld- oder Hausbesitz gebunden. Das Bürgerrecht konnten selbständige Handwerksmeister, Kaufleute und Unternehmer und ab dem 18. Jahrhundert auch Beamte und Akademiker erwerben. Bürger konnten einem Gewerbe oder Handwerk nachgehen, hatten aber auch Pflichten wie die Teilhabe an der Bürgerwehr. Von den Bewohnern einer Stadt besaß nur ein relativ geringer Teil das Bürgerrecht, so in Hamburg nur etwa 20%. Besonders die großen Handelsstädte zogen zahlreiche Menschen an. Der Zuzug ließ die Städte im Verlauf des 18. Jahrhunderts schnell wachsen. Die verschiedenen Ethnien und Religionen lebten häufig in unterschiedlichen Stadtteilen.

#### **Aufgabe 4:**

Der preußische König bestimmte im Zuge der Preußischen Reformen die Aufhebung der persönlichen Unfreiheit u.a. für die Bauern. Sie konnten nun ihr Leben und ihr Gewerbe selbst bestimmen. Jedoch wurden mit der Verordnung bestehende feudale Verpflichtungen nicht aufgehoben. Diese mussten weiterhin erfüllt werden, sofern der Unfreie von seinem Herren davon nicht befreit wurde. Die Verordnung legte somit auch eine gewisse, wenn auch nicht genauer bestimmte Übergangsfrist fest. Die neue Agrarverfassung wurde im Oktoberedikt von 1807 beschlossen. Sie versprach die Abschaffung der Erbuntertänigkeit ab 1810. Die „Bauernbefreiung“ zog sich als finanzieller Ablöseprozess bis 1850 hin.

### **S. 57 – Gruppe 3**

#### **Aufgabe 1:**

Eine Zwirnmaschine wurde mittels Dampf- oder Wasserkraft angetrieben und wickelte auf 24 waagerechte Spindeln ein aus mindestens zwei Garnen bestehendes Kettgarn. In der Textilindustrie wurden auf diese Weise auch Web- und Spinnmaschinen betrieben. Mit Dampf angetrieben waren auch Maschinen wie Dampfhämmer, die in der Schwerindustrie genutzt wurden, oder Maschinen im Bergbau und bei der Entwässerung von Sumpfbereichen. Die ersten Lokomotiven wurden ebenfalls mit Dampfkraft angetrieben. Die Dampfmaschine war somit Grundlage der Industrialisierung.

Ein Fabrikant konnte mit Unterstützung der Dampfmaschine sehr viel mehr Ware in einem kürzeren Zeitraum herstellen. Damit sanken die Produktionskosten und der Gewinn nach Verkauf der Ware war höher. Jedoch musste der Fabrikant zunächst eine höhere Anfangsinvestition in Kauf nehmen, um an einem zentralen Standort seine Ware zu produzieren. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Fabrik möglichst nah bei den Käufern der Ware produzierte. Der Druck durch Konkurrenten war hoch, deshalb versuchte der Fabrikant die Produktionskosten immer weiter zu drücken, um auf dem Markt bestehen zu können.

Heimarbeiter, die bislang ihr Brot mit Handarbeit an häuslichen Webstühlen verdienten, wurde damit die Lebensgrundlage entzogen. Sie mussten versuchen, eine Anstellung in Fabriken der Textilindustrie zu bekommen. Doch wurden für die fabrikmäßige Herstellung von Stoffen wesentlich weniger Arbeiter gebraucht als bei der Heimarbeit.

**Aufgabe 2:**

Die Mimik der von Armut betroffenen zeigt meist Verzweiflung und Niedergeschlagenheit, häufig sind die Dargestellten vor Erschöpfung oder mutlos in sich zusammengesunken. „Die schlesischen Weber“ müssen die Ablehnung ihrer Produkte und damit den Verlust ihres Einkommens ertragen. Die Handwerkerfamilie bringt aus Not den Sonntagsrock zur „Pfandleihe“; eine Magd und ein Mann bringen Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Der Förster eines Großgrundbesitzers hat eine junge Frau beim Reisig sammeln ertappt und notiert ihre Personalien, da das Sammeln von trockenem Holz in Wäldern von ihren Eigentümern oft verboten war und daher verfolgt wurde. Bettelei führte in den Arrest. Die Art der Darstellung sollte Mitgefühl auslösen und dadurch Anteilnahme und Verständnis für die Lage der Armen erzeugen.

Die Industrialisierung hatte vor allem für die Arbeiter in der Textilindustrie verheerende Auswirkungen – wer zuvor in Heimarbeit, teils mit der gesamten Familie in einem Handwerkszweig gearbeitet hatte, verlor seine wirtschaftliche Grundlage.

Der Pauperismus (von lateinisch: pauper – arm) ist eine Erscheinung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und führte zur Gründung von Arbeitervereinen, die bestrebt waren die Lage der Armen mit politischen Mitteln zu bessern (Soziale Frage). Bevölkerungswachstum bei gleichzeitigem Mangel an Arbeitsplätzen und häufig auch das Sinken des Lohnniveaus führte zu einem hohen Anteil an Verarmten in der Gesamtbevölkerung. Die sozialen Härten, die mit der Industrialisierung einhergingen, konnten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kaum gemildert werden.

**Aufgabe 3:**

Zwei ineinander verschränkte Hände, ein unten mit einem roten Band verschlossener, oben offener Eichenlaubkranz sowie der Leitspruch „Einigkeit macht stark“ befinden sich mittig auf der goldgelben Fahne des Stendaler Arbeitervereins. Die Hände stehen symbolisch für die Gemeinschaft der Arbeiter, ihren Zusammenhalt und ihre Zusammenarbeit und wurden durch das Eichenlaub in einen nationalen Kontext gesetzt. Die Blätter der „deutschen Eiche“ sind einerseits Zeichen des geeinten Reiches und andererseits Symbol der geeinten deutschen Arbeiterbewegung. Der Leitspruch vereint beide Motive und leitet daraus die Formel der Stärke ab, welche ebenfalls im doppelten Sinn – der Nation und der Arbeiterbewegung – verstanden werden können.

Die Arbeitervereine hatten das Ziel, die sozialen Härten für die Arbeiter, welche mit der Industrialisierung entstanden waren, zu mildern und gleichzeitig die allgemeinen Lebensbedingungen zu verbessern. Um dies zu erreichen, forderten sie höhere Löhne und eine bessere soziale Absicherung im Krankheitsfall, bei Arbeitsunfähigkeit durch Unfälle und im Alter. Darüber hinaus sollten auch Witwen und Waisen von Arbeitern eine Unterstützung erhalten, um nicht zu verarmen. Diese Arbeitervereine sind Vorläufer der heutigen Gewerkschaften.

Die Sozialistengesetze verboten 1878 alle Arbeitervereine, linksgerichtete Parteien und Vereinigungen; verdächtige Personen oder Gruppierungen wurden überwacht. Im Gegenzug verabschiedete die Regierung Gesetze, die die Situation der Arbeiter verbessern sollten. Dazu gehörten Krankenversicherung, Unfall- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung, Sterbegeld, Renten sowie Hilfen für Witwen und Waisen.

**Aufgabe 4:**

Mietskasernen finden sich überwiegend in den Berliner Stadtbezirken Prenzlauer Berg (wie das Modell der Kastanienallee), Wedding, Moabit, Mitte, Kreuzberg, Friedrichshain und Neukölln, also vor allem in den Innenstadtbezirken.

Die Wohnungen im Vorderhaus, insbesondere in der Belle Etage, waren wesentlich größer als die der Hinterhäuser. Die Größe der Fenster sowie die Fläche der Höfe nimmt in den Hinterhäusern ab. Vorderhauswohnungen waren heller und luftiger. In ihnen lebten weniger Menschen als in den Hinterhäusern, wo sich oftmals eine Familie ein Zimmer teilen musste. Aufgrund der dichten Belegung und der schlechten hygienischen Bedingungen breiteten sich in den Hinterhäusern sehr schnell Krankheiten aus, forciert durch schlechte Ernährung und Gesundheitsversorgung. Das hinterste Gebäude des Mietskasernenmodells ist ein Fabrikgebäude. Häufig lebten die Besitzer dieser Fabriken im Vorderhaus.

Die Armut und fehlende Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land sowie die Hoffnung auf ein besseres Leben trieb zahlreiche Menschen in die größeren Städte, wo sie sich Arbeit, bessere Wohnbedingungen und Gesundheitsversorgung erhofften. Oft wurden diese Erwartungen nicht erfüllt.

**S. 58 – Gruppe 4:****Aufgabe 1:**

Am Tag des Kriegsendes gab der Rat der Volksbeauftragten, der Vorbereitungen für die Gründung eines demokratischen Staates schaffen wollte, dem Volk die auf den Menschenrechten basierenden Grundlagen der Weimarer Republik bekannt. Dafür wurden gedruckte Plakate in der Öffentlichkeit aufgehängt, ein übliches Kommunikationsmittel der Zeit, so dass die Bürger sich informieren konnten.

Deutschlandweit sollten erstmals die Menschenrechte eingeführt werden; auch Frauen bekamen das Wahlrecht. Streikrecht und die Herabsetzung der maximalen Arbeitszeit bedeuteten einerseits eine Erleichterung für die Arbeiter und andererseits, dass Arbeitsplätze frei wurden, die von Arbeitslosen besetzt werden konnten. Jedoch sanken gleichzeitig die Löhne.

Die Ankündigungen des Rates der Volksbeauftragten sollten die Unterstützung für die Regierung seitens des Volkes erhöhen und außerdem das Ansehen des neuen demokratischen Staates steigern. Ein weiteres Ziel war die Beendigung der Revolution, die den Staat wirtschaftlich und politisch lähmte, denn nun waren die Möglichkeiten besser, sich auf politischem Wege einzubringen.

**Aufgabe 2:**

Drei Personen, vielleicht Mutter, Vater und Kind, stehen vor dem Schaufenster eines Lebensmittelgeschäfts und sehen sich die Auslagen an. Die drei Personen sind ärmlich gekleidet und schlecht genährt, die Gesichter sind verhärmt. Mit sehnsüchtigem Blick schauen sie auf die Würste, Kuchen, Brote usw. Es wird deutlich, dass die Nahrungsmittel nicht fehlen, sondern dass sich ein Teil der Bevölkerung die Lebensmittel nicht leisten kann. In der Weimarer Republik bestand ein großes soziales Ungleichgewicht, was sich im Zugang zu Nahrung, Wohnraum und medizinischer Versorgung widerspiegelte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges lag die Wirtschaft am Boden. Die Lage verschlimmerte sich durch die Revolution 1918/19 und die hohen Reparationszahlungen, die im Versailler Vertrag festgelegt wurden. Zudem musste der Staat viele Bedürftige versorgen: Witwen, Waisen, Arbeitslose und auch viele Kriegsversehrte. Der Staat versuchte die Situation zum einen durch eine Stabilisierung der politischen Lage und zum anderen mit einer besseren Nahrungsmittelversorgung zu bessern.

**Aufgabe 3:**

Die französische Armee besetzte 1923 das Rheinland, weil Deutschland nicht die im Versailler Vertrag festgelegte Menge an Kohle liefert. Daraufhin wurde im Rheinland ein Generalstreik ausgerufen. Die deutsche Regierung versuchte die Streikenden zu unterstützen, indem sie ihnen weiterhin die Gehälter zahlte. Da die Weimarer Republik diese Unterstützungsleistungen nicht erwirtschaften konnte, musste Geld gedruckt werden, womit es an Wert verlor. Es kam zu einer Hyperinflation, die im November 1923 ihren Höhepunkt hatte. Als besonders aussagekräftig bieten sich folgende Exponate an: Der Haufen mit Geldscheinen, bei dem teilweise der neue Wert aufgestempelt wurde, die Fotos, auf denen die Löhne mit Schubkarren transportiert werden, oder das Haushaltsbuch, in dem die steigenden Preise festgehalten sind. Die Inflation wurde mit der Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 gestoppt. Mit dieser Wirtschaftskrise veränderte sich die politische Situation in der Weimarer Republik erheblich, da radikale Parteien mehr Zulauf erhielten. Hier können die Exponate zum Hitlerputsch genannt werden: Fotos und Zeitungsmeldung zum Urteil gegen die Putschisten sowie das Buch „Mein Kampf“.

**Aufgabe 4:**

Der Moritatensänger hat einen entsetzten Gesichtsausdruck mit weit aufgerissenen Augen. Im Hintergrund dieser Grafik sind Szenen zu sehen, die den allgegenwärtigen Tod zum Gegenstand haben: die Eltern, die ihre Kinder zu Grabe tragen, und jemanden, der in Gegenwart eines Kindes erschossen wird. Alle Gesichter, die zu erkennen sind, sind vom Entsetzen verzerrt.

Alle Parteien versprachen das Elend der Menschen zu mildern. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wollte außerdem eine Revolution und die Machtübernahme der Arbeiter erreichen. Die geballte Faust (Symbol des Rotfrontkämpferbundes - RFB) sollte signalisieren, dass zur Verwirklichung dieses Ziel auch gekämpft werden würde.

Um die Arbeiter von sich zu überzeugen, trat die KPD mit der charakteristischen Fahne auf Streiks auf, gab Schriften und eigene Zeitungen heraus, gründete diverse parteinahe Vereine, machte Wahlwerbung usw. Entscheidend ist vor allem die Wiedererkennbarkeit der Partei durch eindeutige Symbole, die mit einer politischen Botschaft verknüpft werden.

**Aufgabe 5:**

Mädchen und Jungen durchliefen in ihrer Kindheit und Jugend einen vergleichbaren Gleichschaltungsprozess: Im Alter von 10 traten sie den Jungmädeln bzw. dem Jungvolk bei, mit 14 Jahren erfolgte der Wechsel in den Bund Deutscher Mädel (BDM) oder die Hitlerjugend (HJ). Die jungen Frauen verrichteten den Reichsarbeitsdienst (RAD) mit unterschiedlich langer Dauer (1939: 6 Monate, Juli 1941: 12 Monate, April 1944: 18 Monate, November 1944: Entfristung des Arbeitsdienstes) und wa-



ren danach – laut des nationalsozialistischen Ideals – Mütter und Hausfrauen, um so als „Erhalterin des Volkes“ zu dienen. Junge Männer arbeiten kürzer beim RAD, mussten dann zum Wehrdienst und dienten dann als Armeereserve, in der Landwehr und letztlich im Landsturm. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die Dauer des RAD immer weiter verkürzt und die meisten Männer mussten mit der Wehrmacht in den Krieg ziehen. Daneben existierten noch diverse andere nationalsozialistische Organisationen, die das Leben der Menschen in jeder Situation begleiten sollten. Gleichschaltung bedeutete eigentlich die Überführung aller gesellschaftlichen Parteien und Verbände in nationalsozialistische Massenorganisationen. Auf die gesamte Gesellschaft bezogen bedeutete dies die Einschränkung oder den Verlust der individuellen Persönlichkeit, der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit der Menschen durch Gesetze, Bestimmungen und Regeln.

### **S. 59 – Gruppe 5:**

#### **Aufgabe 1:**

Der Film der amerikanischen Luftwaffe zeigt nach Kriegsende die Städte Berlin, München und Nürnberg. Die Wohnhäuser, Fabrikgebäude sowie die Infrastruktur sind zerstört. Die Menschen sorgen sich um Wohnraum, Arbeit, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin sowie um den Verbleib ihrer Verwandten und Freunde. Die Alliierten versuchten die politische und wirtschaftliche Situation (Potsdamer Konferenz) und vor allem die Lebensbedingungen zu verbessern, dazu gehörte es, Rechtssicherheit herzustellen (Nürnberger Prozesse), die Versorgung mit Lebensmitteln (Lebensmittelkarten), Wohnraum (Trümmerfrauen) und Medizin zu gewährleisten. Des Weiteren sollten die Schulen schnellstmöglich wieder geöffnet werden und die Gründung neuer demokratischer Parteien vorangetrieben werden, um die Gesellschaft zu demokratisieren. Auf dem Papier hatten alle Alliierten dieselben Ziele, jedoch unterschied sich die Umsetzung der Maßnahmen in der sowjetischen von der in den drei westlichen Besatzungszonen maßgeblich.

#### **Aufgabe 2:**

Die Regierung bestimmt mit einem Plan, welche Waren in welcher Mindestmenge produziert werden sollen. Die Pläne wurden für mehrere Jahre festgelegt, das bedeutet, dass sich die Produktion nicht zwangsläufig am Bedarf ausrichtet. Die staatseigenen Betriebe mussten diese Wirtschaftspläne umsetzen. Dies hatte zur Folge, dass häufig bestimmte Waren fehlten (dazu gehörten Autoersatzteile, aber auch Taschentücher). Die Menschen in der DDR gewöhnten sich zwar daran, trotzdem sorgten Verknappungen bestimmter Waren und die dann teils hohen Preise immer wieder für Unruhe.

Die meisten Bauern wollten nicht in die LPG eintreten, auch Zwangsmaßnahmen des Staates brachten sie nur widerwillig dazu. Das Gemälde zeigt jedoch eine Gruppe von Bauern, Männer und Frauen, aber auch Kindern, die glücklich und zufrieden aussehen. Sie sehen sich den Pflug an, der hinter einem Traktor das brach liegende Feld umgräbt und somit auf die Aussaat vorbereitet. Weitere Menschen kommen aus dem Hintergrund auf den Traktor zu. Das Gemälde zeigt eine Gemeinschaft, die den technischen Fortschritt der LPG begrüßt. Die rote Fahne auf dem Traktor zeigt, dass nicht nur die „erste Furche für die Produktionsgenossenschaft“ gezogen wird, son-

dern auch der Sozialismus vorangebracht wird. Das Gemälde verfolgt eine bestimmte propagandistische Absicht. Es soll die Bauern überzeugen, der LPG beizutreten, was jedoch flächendeckend nur durch Zwangsmaßnahmen erreicht werden konnte. Die Bauern konnten in der LPG nicht selbst wählen, was sie anbauen wollten, sondern mussten die Vorgaben des staatlichen Plans erfüllen. Trotz Leistungsprämien wirtschafteten sie nicht für ihren eigenen Gewinn sondern bekamen stattdessen von der LPG ein festes Gehalt bezahlt. Die LPG kaufte die Maschinen, die für das Bestellen der Felder und die Ernte notwendig waren. Alle Mitglieder der LPG beteiligten sich gemeinsam an der Ernte.

Insbesondere auf der Stärkung der Schwerindustrie lag ein Hauptaugenmerk der Regierung der DDR. Da die DDR über nur wenige Rohstoffe verfügte, wurden diese überwiegend importiert und dann in der Metallverhüttung, in Stahlwerken und im Maschinenbau verarbeitet. „Stahl bedeutet Brot“ spricht für diese Politik und soll das Volk von der Notwendigkeit dieser häufig stark umweltverschmutzenden Fabriken und der schweren Arbeit darin überzeugen.

### **Aufgabe 3:**

Das Wirtschaftswunder (Kauf- und Reisewelle), die politische (NATO) und wirtschaftliche (Montanunion, EWG) und kulturelle (Amerikanisierung) Orientierung nach Westen und der Aufbau der Bundeswehr veränderte Leben, Arbeit und Freizeit in der Bundesrepublik maßgeblich. Neben der ab 1949 möglichen demokratischen Partizipation (Deutscher Bundestag, Gewaltenteilung) der Arbeiter änderten sich im Zuge des Wirtschaftswunders auch die Arbeitsbedingungen.

Die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 verfolgte das Ziel der Besserstellung der Arbeiter. Hierbei standen einerseits die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitig höherer Entlohnung und andererseits die politischen Ziele wie Vollbeschäftigung und Mitbestimmung in den Unternehmen im Vordergrund.

Das Plakat des DGB aus dem Jahr 1955 zeigt auf schwarzem Grund eine gelb-weiße Banderole, auf der die zentrale Forderung („40 Stunden sind genug“) zu sehen ist. Das Plakat kam auf einer der traditionellen Gewerkschaftsdemonstrationen am 1. Mai (der Schriftzug am oberen Rand des Plakats ist rot und fett gedruckt) zum Einsatz. Das auf dem Arbeitsblatt der Schüler abgedruckte Plakat der IG Metall aus dem Jahr 1987 stellt das Familienwochenende in den Mittelpunkt. Auf rotem Grund ist ein lächelndes Kind mit roter Kleidung und rotem Schutzhelm abgebildet. Die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche wird nicht explizit ausgesprochen, sondern wird durch den Appell „Der Samstag muß frei bleiben!“ verdeutlicht. Die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit wird direkt in den Kontext des Familienlebens gesetzt; das private Leben also emotional über den Arbeitsalltag gestellt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit setzt ein hohes Wirtschaftswachstum und somit viele offene Stellen voraus.

Die Gewerkschaften vertreten die Belange ihrer Mitglieder und fordern die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage. Ihre weiteren Ziele sind u.a. Vollbeschäftigung und die Sicherung der Arbeitsplätze, die Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungswesens sowie die gerechtere Verteilung des Vermögens und die Verhinderung des Missbrauchs von wirtschaftlicher Macht.

**Aufgabe 4:**

Im Sommer des Jahres 1973 begannen Arbeiterinnen, sich mit Streiks gegen die Lohndiskriminierung zu wehren. Damit lösten sie eine Welle aus, die 1979 ihren Höhepunkt erreichte, als weibliche Angestellte einer Gelsenkirchener Foto-Firma mit ihrer Klage für gleichen Lohn Erfolg hatten. In dieser Tradition steht auch der Ansteckbutton der Industriegewerkschaft Druck und Papier, auf dem „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gefordert wird. Diese Forderung wird jedoch nicht nur von den Frauen erhoben, sondern gleichermaßen durch „Väter, Töchter [und] Söhne“. Das traditionelle Rollenverständnis wird aufgebrochen: Die Frau ist Kopf der Familie. Ab Mitte der 1970er Jahre schufen die Aktivistinnen eigene Strukturen und Medien, um ihre Ideen zu verbreiten: Frauenfilme und Frauenverlage, in denen feministische Literatur und Zeitschriften veröffentlicht wurden. Eine zentrale Bedeutung erhielt die Zeitschrift EMMA (1977 bis heute), herausgegeben von Alice Schwarzer.

Eine vom Staat und der SED unabhängige Frauenbewegung gab es in der DDR lange Zeit nicht. Die staatliche Frauenpolitik zielte im Rahmen der Errichtung der sozialistischen Planwirtschaft auf die Einbeziehung der Frauen in die Berufswelt, die als Voraussetzung für ihre Emanzipation galt. Hinzu kamen, vor allem ab Anfang der 1960er Jahre, Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung der erwerbstätigen Frauen, die seit den 1970er Jahren tatsächlich einen hohen Stand erreicht hatte. In der „Honecker-Ära“ (ab 1971) sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft verwirklicht werden. Dazu gehörten die Verbesserung des Mutterschutzes, ein bezahltes Babyjahr und der Ausbau der Kindereinrichtungen. Damit wurde aber auch das herrschende Frauenleitbild der DDR konsolidiert, nach dem die Frauen ihre „Doppelbelastung“ meisterhaft beherrschten und sich darüber hinaus noch politisch engagierten.